

Vorsitzender des Wechselausschusses des Senats, hat erklärt, die Regierung der Vereinigten Staaten habe das Schatzamt angewiesen, den allierten Mächten keine weiteren Darlehen auf ihren noch offenen Kredit zu gewähren, bis das Kriegsministerium über die Frage der fremden Anleihen in Amerika eine neue Entscheidung getroffen habe.

### Russ- und Ausland.

**Berlin.** Die Ankündigungen in der Presse über die Vorlage von neuen Steuern bedürfen einer Klärung insoweit, als die Reichsregierung hierüber einen Beschluß noch nicht gefaßt hat.

**Paris.** „Humanité“ meldet, daß 13 000 Soldaten der Armee Wrangel in die Fremdenlegation eingetreten seien, und verlangt darüber Auskunft von Briand.

**Kempef.** Auf der dritten Jahresversammlung des Amerikanischen Arbeiterbundes ist nach heftigen Kämpfen Samuel Gompers wieder zum Präsidenten gewählt worden.

## Die preussischen Wahlkreise.

Zum Wahltag am 20. Februar.

Die Bewegung für die Wahlen zur Preussischen Landesversammlung ist in vollem Gange. Alle politischen Parteien bemühen sich, ihre Anhänger zu sammeln, um möglichst günstige Resultate für ihre Listen zu erzielen. Aus unserer Abt. ist die Einteilung der Wahlkreise



und ihre Bezeichnung, die Einwohnerzahl und die mögliche Anzahl der Abgeordneten zu sehen, falls — alle Wähler zur Urne gingen. Das ist nun nicht vorauszusetzen, obwohl man diesmal auf eine große Beteiligung hofft, da die jetzige Wahl die Entscheidung darüber bringen soll, ob die gegenwärtige Regierung Preußen erhalten bleiben, oder einer andern politischen Zusammensetzung Platz machen wird.

## Zeit- und Streitfragen.

### Höchstmieten oder nicht?

Der von der Regierung fertigestellte Entwurf für ein Reichsmietengesetz hat bereits einen lebhaften Meinungsaustausch bei den beteiligten Kreisen wachgerufen, der durch die Auseinandersetzungen über die geplante Mietsteuer nicht gelindert wird. Zu den kritischen Fragen erhalten wir eine Zuschrift von einer Stelle, die sich selbst als unparteiisch bezeichnet. Wir entnehmen der Zuschrift folgende Ausführungen:

Die Entwicklung der Wohnungsfrage in den letzten Jahren fordert immer dringender eine Lösung, sollen wir nicht eines Tages vor einer Katastrophe stehen. Das ist eine Binsenweisheit, und trotzdem scheint vielfach die Klärung noch nicht so weit vorgeschritten zu sein, um förmliche Demagogie auf der einen oder anderen Seite auszuschalten und fühl mit den tatsächlichen Verhältnissen zu rechnen. Als die Zwangswirtschaft für Wohnungen eingeführt wurde, geschah das aus ebenso begründeten Notwendigkeiten als wie die Nationalierung und Preisbeschränkung des Brotes zu Anfang des Krieges.

In wirtschaftlichen Dingen schaltet das Verantwortungsgefühl gegenüber staatlichen und allgemeinen Erfordernissen fast stets aus, hier hört alle Gemütsfreiheit auf, hier stellt sich der Mensch „ganz allein auf sich selbst“. Das Verlangen der Zwangswirtschaft auf fast allen Gebieten, das Überhandnehmen des Schieber- und Wuchertums geben dafür den besten Beweis. Nicht viel anders als beim Brot lag es bei den Wohnungen. Neben der hundertprozentigen Erfüllung der Forderungen nach einer Unterkunft vielmehr die wichtige. Verlagst dieser Art, liegen die Massen mit Weib und Kind auf der Straße, so ist die Fortführung des Gemeinwohls nicht mehr möglich, die Anarchie, das Chaos muß hereinbrechen. Das ist eine längst bereits erprobte Tatsache, so daß für den Zugriff der öffentlichen Gewalt auf diesem Gebiet keine weitere Darlegung der Gründe erforderlich ist.

Nun ist rückhaltlos anzugeben, daß die Lage des Hausbesizers, der sechs, zehn- oder mehrfache gesteigerte Kosten für alle möglichen Verbindlichkeiten zu tragen hat, während er die Miete nur um 30 Prozent erhöhen darf, überaus schwierig und gerätend ist. Die Zwangswirtschaft ist — mit Recht oder Unrecht — auf den meisten Gebieten aufgehoben worden, die Preise sind insoweit herausgehoben, gleichzeitig damit die Lohnforderungen und Zinsforderungen. Für das Brot gibt das Reich ungeheure Zusätze, um den jetzt schon kaum erschwingbaren Preis nicht zu verdoppeln oder zu verdreifachen. An solche Zusätze für die Wohnungsmöglichkeit ist bei unserer trostlosen Finanzlage nicht zu denken; folglich muß der Mietpreis in Grenzen gehalten werden. Geschieht das nicht, während fast der heutigen Prozentigen Erhöhung gegen den Friedensstand um 200—300 % höhere Mietpreise Wirklichkeit werden, so wäre die Wirkung verheerend. Mit einem Schlage ständen wir vor einer Lohn- und Gehaltsforderungswelle, wie wir sie noch nicht erlebt haben. Mit großer Wahrscheinlichkeit dürfte sie in kurzer Zeit den vollständigen Zusammenbruch herbeiführen. Diese Erkenntnis kann bei allem Verständnis für die Not der gequälten Hausbesitzer nicht außer acht gelassen werden.

Aber noch eine andere Seite der Angelegenheit ist von Bedeutung. Die lautesten Rufe für die Hausbesitzer erschallen aus den Großstädten; in kleineren Städten ist das Echo geringer, auf dem Lande weiß man wenig von Wohnungsnot und Hausbesitzerleid. Dabei bleibt es merkwürdig, daß es in der Großstadt eigentlich gar keine Hausbesitzer gibt. Bis auf wenige und verschwindend geringe

Grundstücke ist der großstädtische Besitz an Boden und Bauten in Händen des Hypothekens- und Bankkapitals. Der sogenannte Hausbesitzer ist nur ein Verwalter gegen Entlohnung. In das anhängende und solide Kapital aber schließt sich das Spekulantentum, das die Häuser, die Wohnungen und die Wohnungsnot seit jeher als Objekte für seine rücksichtslose Profitgier betrachtet. Dieses Spekulantentum und Schieberentum mit seiner in den Großstädten begründeten, in die Mittel- und Kleinstädte ausstrahlenden Oberherrschaft hat mit dem soliden und anhängenden Hausbesitz nichts zu tun. Aber seine wilden Ausnutzungsinstitute bedecken sich mit der falschen Floskel in höchst geistloser Weise. Wenn heute in ganz Deutschland die Mieterbewegung so starke Wellen wirft, wenn die schon zu Friedenszeiten gefährliche übertriebene Steigerung der Bodenrente jetzt ins Phantastische wachsen würde bei völliger Freigabe der Mietpreise, so trägt die als Schädling am wirtschaftlichen Leben längst erkannte Gesellschaft den größten Teil der Schuld.

Ob wir zu einer Zeit kommen werden, in der die Schlaf- und Wohnfrage, das natürliche Recht des Menschen, nicht mehr ein Gegenstand der materiellen Spekulation sein wird, läßt sich nicht absehen. Im gegenwärtigen Augenblick sollten Mieter und Hausbesitzer lebenslang verbunden, zusammenzuwirken zur Abwendung der Gefahren, die dem einen wie dem anderen drohen, vor allem aber zur Ausschaltung der ohne alle nationalen und gemeinnützigen Hemmungen wuchernden Boden- und Grundbesitzherrscher.

## Die Deutsche Volkspartei Leipzig gegen die Pariser Beschlüsse.

Nach einer Ansprache des Abgeordneten Freiherrn v. Versner haben die versammelten Vorstände, Abgeordneten und Mitglieder der Deutschen Volkspartei des Wahlkreisesverbandes Leipzig einstimmig beschlossen: „Wir treten rückhaltlos hinter die Reichsregierung und verlangen von ihr, daß, was auch kommen möge, sie den Beschlüssen der Pariser Konferenz gegenüber auf ihrem entschlossenen Nein beharrt.“

## Bericht über die öffentliche Versammlung der U. S. P.

Die vom Ortsverein der U. S. P. am vergangenen Freitag abgehaltenen, gut besuchte öffentliche Versammlung wurde vom Vorsitzenden mit einigen einleitenden Worten eröffnet, worauf dem Referenten, dem Bundtagsabgeordneten H. Denschard, zu seinem Vortrag über „Wohnungs- und Kleinrentenwesen“ das Wort erteilt wurde.

In einem ca. 1 1/2 stündigen fesselnden Vortrag führte derselbe u. a. ungefähr folgendes aus:

Der ca. 4 1/2 jährige Krieg mit seinen Folgen habe uns Verhältnisse geschaffen, daß wir bei weitem nicht daran denken könnten, daß die Verhältnisse wieder so werden, wie wir sie früher gehabt haben. Die kapitalistische Produktionsform habe unumkehrlich zum Krieg führen müssen. Unsere Finanzverhältnisse, die in den gegenwärtigen Tagen besonders durch die Geldnot, liegen nun so, daß, wenn wir unser gesamtes deutsches Reich, mit allem was drauf und drin liegt, bis zur letzten Stedendel hingeben würden, wir immer noch eine Schuldenlast von über 100 Milliarden Goldmark hätten. Selbst nach Ansicht des Reichsfinanzministers Dr. Wirth und anderer wissenschaftlich hochstehender Persönlichkeiten können wir an einem Aufbau auf der alten Grundlage nicht vorwärts kommen. Dieses beziehe sich aber nicht allein auf die Wohnungsfrage, sondern auch die allgemeinen wirtschaftlichen Fragen bedürfen einer vollständigen Umgestaltung.

Die Wohnungsnot, die auch schon vor dem Krieg, namentlich in den Großstädten vorhanden gewesen wäre, habe ihre Ursache im Grund- und Bodenwucher. Die Bevölkerungszunahme habe schon vor dem Krieg 800—900 Tausend Häuser pro Jahr getragen und haben schon damals 20 000 Wohnungen gefehlt. Während der Dauer des Krieges wurde nun die Wohnungsfrage vollständig unterbunden. Die im Verlauf des Krieges wurden lediglich im Dienste der Kriegsmaschinen beschäftigt. Die Preise für Baustoffe stiegen im Verlauf des Krieges eine ungeheure Höhe. Die Militärverwaltung zahlte, um Anreiz zu geben, eben diesen Preis. Dieses habe zum Kruppelwerden vieler mit allen Baustoffen, wie Zement, Holz, Zement, Eisen u. s. w. geführt. So wäre es vielfach vorgekommen, daß man Ziegelsteine abbrechen, um die alten Steine zu gewinnen und für diese höhere Preise erzielen, als was ursprünglich der ganze Bau gehalten habe. Als besonders drohliches Beispiel führte derselbe an, daß man „Auslandsgemert“ aus Ländern bezogen habe, wo gar keine Zementindustrie vorhanden wäre. Aber auch die Regierung sei an diesem Wucher mitschuldig, was sich daraus erkläre, daß in den höheren Regierungskreisen und den einzelnen Ressorts, Angehörige der kapitalistischen Gesellschaften seien. Die Baustoffe hätten unbedingt beschlagnahmt werden müssen. So aber sei die Regierung selbst als Befehlshaber mit beteiligt, namentlich in Holz, oder sind es etwa die Ebbene der Waldarbeiter, welche die hohen Holzpreise aus den Staatsforsten rechtfertigen?

Heute werden nun rund 1 Million Wohnungen für die Wohnungslosen gebraucht, zu welcher noch ein Zuloh von 3 1/2, käme, wolle man den normalen Stand vor dem Krieg erreichen. Die Reichsregierung habe 400 Millionen und die städtische Regierung neuerdings wieder 50 Millionen als Zuschüsse bereit gestellt, die aus den Steuererträgen der Allgemeinheit gezogen würden. Wenn aber nun die Entwicklung des Baufeldes nur unter Zuschüssen der Allgemeinheit aufrecht erhalten werden kann, dann sei der Zeitpunkt gekommen, wo diese auf Grund der Allgemeinheit gewonnenen Profite, auch der Allgemeinheit wieder zu Gute kommen müssen. Deshalb verlangen wir als Sozialdemokraten die Umgestaltung der kapitalistischen Produktionsform in die sozialistische, unter Ausschluß des gesamten Unternehmertums. Wenn wir nun aus der Mieters der Wohnungsnot heraus kommen wollen, müssen wir zu Regierungen der Gemeinden übergehen. Nicht durch die Gemeinde, denn dazu sei die gegenwärtige Bürokratie derselben nicht geeignet, sondern auf neuer technischer, kaufmännischer und wissenschaftlicher Grundlage aufgebaut.

In Stralburg bei Berlin habe man unter Leitung des Stadtrates einen Führer, schon in den letzten Kriegsjahren damit begonnen und habe schon jetzt damit die besten Erfolge aufzuweisen. Referent hatte Gelegenheit, diese Einrichtung in Augenschein zu nehmen, deren Vetter der angehobene Referent nun nicht, wie vielfach angenommen, aus indifferenten Arbeitern bestehe, sondern aus der Praxis hervorgegangenen tüchtigen Fachleuten. In der wissenschaftlichen Abteilung ist es möglich, etwa entstehende Mängel sofort festzustellen und abzuwenden. Der Ausschluß der Arbeiterklasse ist nicht aus Arbeitern, sondern aus einer erklühten Gruppe von Fachleuten, Stadträten u. s. w. Aber nicht allein das Baufeld, sondern auch die Bekleidungsbranche, die Möbelbranche habe man dort bereits in die Hand genommen.

Es ist nun nicht die reine gesellschaftliche Volkswirtschaft, wie wir sie uns vorgenommen haben, aber dennoch kommen alle Gewinne der Allgemeinheit zu Gute. Wenn man hier sieht, wie mit einem Grundkapital von 100 Millionen gesellschaftliche Arbeit geleistet wird, so sieht man wohl die Möglichkeit, daß in dieser Form das Wohnungswesen gefördert werden kann. Auch auf dem Ertragsgebiet könne ebenso gearbeitet werden, und wurde seitens des Referenten, eingehend an Hand von Zahlenmaterial, auf die jetzt bestehenden Mißstände hingewiesen.

Heute stelle aber das kapitalistische Unternehmertum dieser Entwicklung den stärksten Widerstand entgegen. Nur die Arbeit kann uns retten“ so lautet die Parole im kapitalistischen Lager. Wenn aber der Arbeiter zur Erringung seines Existenzminimums höhere Löhne fordert, dann kann die Arbeit nicht aufrecht erhalten werden, er wird rücksichtslos auf die Straße geworfen, zur Vergebung des Meeres der Erntearbeiter. Neben dieser gewaltigen Notlage auf der einen Seite, sehe man auf der anderen Seite, wie in den einzelnen Kleingewerbetrieben und großkapitalistischen Unternehmungen Kleingewinne, 20—40%, und noch höhere Dividenden erzielt werden. Diese auf Kosten der Allgemeinheit und aus der Not des Volkes gezogenen Profite, erträglich sind einer Klasse von Kapitalisten, ein Lappiges und bezauberndes Leben zu führen und sich als Parasiten und Schmarotzer am Volkshörper zu betätigen.

Eine gewaltige Macht, als Gegner der Sozialisierung, entsteht

gegenwärtig in der Zusammenfassung der Spinnstoffe und Woll der Großindustrie in das Skizzen-Konzern. Die Erringung der gesamten Rohprodukte, Wolle, Stahl und Eisen bis zum kleinsten Fertigfabrikat in einer Hand, führt zu einer Monopolstellung, deren Wirkung und Tragweite heute noch gänzlich zu übersehen ist. Die Arbeiterklasse müsse erkennen, daß nur im schärfsten Kampfe das Unternehmertum ausgeschaltet werden könne. Wenn sich das Verständnis und die Einsicht in den Arbeiterkreisen nicht bessert, dann kann auch der werthvollen Bevölkerung nicht geholfen werden, sondern die Verhältnisse werden sich weiter verschlechtern. Anstatt nun diese wirtschaftlichen Fragen mit allen Mitteln zu heben, bekämpfe sich die Arbeiterklasse selbst und zerklümmere ihre eigenen Kampforganisationen. Aber nicht nur bei uns, sondern auch in den Siegerstaaten liegen die Verhältnisse ebenso. Deshalb sei es an der Zeit, daß die Arbeiterklasse zur Bekämpfung komme, denn nur im gemeinsamen Zusammenstoß des gesamten Proletariats auf internationaler Grundlage können wir Rettung finden. Reifer Beifall lobte den Redner.

(Fortsetzung in nächster Nummer.)

## Sächliche und lokale Mitteilungen.

Naunhof, den 6. Februar 1921.

Wertblatt für den 9. Februar.

Sonnenaufgang	7 <sup>11</sup>	Mondaufgang	7 <sup>11</sup> A.
Sonnenuntergang	4 <sup>12</sup>	Monduntergang	6 <sup>12</sup> A.

1789 Franz Xaver Gabrielberger, Begründer der deutschen Etenographie, geb. — 1834 Dichter Fritz Dahn ed. — 1881 Ruffler Schrißlerer Doktorjurist geb. — 1906 Walter Adolf v. Kienel geb. — 1918 Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen den Mittelmächten und der Ukraine.

Die neuen Gütertarife. Während über die Erhöhung der Personentaxe noch eingehende Beratungen stattfinden, ist über die Erhöhung der Gütertarife bereits in gewissem Sinne eine Entscheidung gefallen. Die künftige Tarifkommission hat dieser Tage eine entsprechende Vorlage erhalten, in der eine Erhöhung der Gütertarife um 60 bis 90 Prozent zum Vorschlag gebracht wird. Die Staffelung soll hiernach so erfolgen, daß Rohstoffe und Massengüter am wenigsten (60 Proz.) und Stückgüter, Fertigfabrikate usw. (mit 90 Proz.) am höchsten belastet werden. Diese Erhöhung würde eine Steigerung von 9 Milliarden in den Einnahmen bringen. Von anderer Seite ist dagegen eine geringere Erhöhung in Vorschlag gebracht worden, die die Erhöhungen in ähnlicher Art verteilt, jedoch nur von 50 bis 65 Prozent vorzieht. Zu diesen beiden Vorschlägen muß nun erst der Reichsfinanzminister Stellung nehmen, bevor die eigentlichen Vorarbeiten beginnen können. Lebenslang ist aber die Einführung der neuen Erhöhungen bereits zum 1. April in Aussicht genommen.

Vortrag. Wie wir hören, hatte auch der Naunhofer Bürger-Ausschuß einen Redner über den Verfall der Friedensverträge und die neuen Pariser Bestimmungen für nächsten Sonnabend gewonnen, will aber, um den Vortrag einer anderen Veranstaltung am Sonnabend und den Besuch des Vortrages des Herrn Dir. Wittlich am Donnerstag nicht zu schädigen, von einem eigenen Vortragabend abzuleben. Wir hoffen, daß insoweit der Vortrag des Herrn Dr. Wittlich, der parteipolitisch neutral gehalten sein wird, sich eines recht starken Besuches erfreuen möge. Dringend notwendig ist es, daß sich jeder Deutsche nicht nur über die Tragweite des Pariser Vertrages und vor allem des neuen Pariser Diktates volle Klarheit verschaffe, sondern daß im ganzen Lande einmütig gegen die neuen schmachvollen Bedingungen protestiert und dadurch der Regierung der Rücken für eine Ablehnung gesichert werde. Möge daraus entstehen was wolle, darüber herrscht volle Einigkeit von ganz rechts bis ganz links, daß wir diesmal nicht unterstehen dürfen, wenn wir nicht völlig zu Grunde gehen wollen. Wir müssen uns klar sein: man will unseren politischen und wirtschaftlichen Tod; darüber können wir keine Phrasen mehr laufen. Noch einmal, ein allerheiligstes Mal wird dem deutschen Volke eine Gelegenheit gegeben, sein Schicksal für ein Menschenleben zu gestalten. Möge die große Stunde keine kleinmütigen Menschen finden. — Wir wiederholten nochmals unsere Bitte um einen recht zahlreichen Besuch, damit eine eindrucksvolle Kundgebung zustande kommt.

Naunhof. Das am vergangenen Sonnabend vom Sportverein Naunhof im Sternsaale veranstaltete Volksfest in Oberbayerisch bildet einen Glanzpunkt im gesellschaftlichen Leben unserer Stadt. In stimmungsvoller gemächlicher Räume eine dunkle, festlich erregte Menge in prächtigen Trachten. Was alles zu einem Dorfplatz mit Volksbelustigungen in der bayerischen Alpenwelt sich zusammenfinden kann, war vertreten und münzte mit mehr oder weniger Echtheit seinen Typ. Selbstverständlich überdienten in dem farbenfrohen Bilde der lebhafte Bua und das schmutzige Hirndl den Sportler und den Stadtrath und was sonst noch Fremdes zu Besuch war. Aber sie alle verband die gleiche ausgefallene häßliche Stimmung, der durch zwei schneidige Dorfkapellen mit toller Tanzmusik der nötige Auspuff geboten wurde. Ab und zu gab es eine interessante Unterbrechung durch vortreffliche Darbietungen, wovon der urwüchsigste „Reihhammer“ des Festes, Herr Dir. Otto, und seine temperamentvolle Gattin den Löwenanteil trugen. Sie stellten mit routinierter Vortragskunst die übermäßigsten Dinge auf die Beine. Von dem, was man außerdem besonders zu sehen und zu hören bekam, seien rühmlichst erwähnt: ein luftiges Duell mit den unvermeidlichen Schnaderhähnen von F. G. Dietrich, ein feines Zitherkonzert in der Senzhalle, von Fr. Bahmann reizvoll gefungene Lieder und die prächtig gelungene Gruppe der Bärenführer. Wohl ging so manche Feinheit der Vorträge in dem nicht zu bändigenden Jubel des jungen Volkes verloren und mancher Fernersehende verstand so gar wie nichts — es gab trotzdem jauchzenden Beifall, man war ja so dankbar und so fidel. Auch das erschreckliche Signalhorn des Festleiters verdrückte nicht immer den frühlichen Wärm zu überdienen, und die starkbeschäftigte, für Ordnung und Zucht verantwortliche Festpolizei übergab mit ersticktem Herzen, wenn auch mit einer bedauernden Träne ihr schweres Amt in vorgerückter Stunde dem weitaus gewichtigeren und ernfthafteren Kollegen von der Naunhofer Obrigkeit. Man trennte sich mit angelegtem Lob und Dank für die Veranstalter des schönen Abends. — Ein besonders hohes Resultat erreichte am vergangenen Sonntag die III. Mannschaft des „S. V. N.“ bei einem Gesellschaftsspiel gegen Weßlin-Wurzen V. Sie konnten ihren Gegner mit einer Niederlage von 12:0 heimzuführen.

Erhöhte Juteilung reines Weizenmehls. Das Direktorium der Reichsgetreidekasse liefert seit dem 1. November v. J. den Kommunalverbänden auf Antrag Roggenmehl (Hausbrotmehl), das in einer Menge von 600 g auf den Kopf monatlich neben der Brotkarte zur Verteilung gelangt. Auf

Erhöhung der...  
von 600 g auf...  
verbunden von...  
preis beträgt...  
Einkaufs- und...  
für den...  
aus amerikan...  
mehl, das zu...  
reiche Hausfr...  
liches, rei...  
Preis zu erh...  
weil sie glau...  
jeiligen Mehl...  
wurde. Es i...  
die Haushal...  
Weise darau...  
keiner Weise...  
+ Kein...  
siche Landes...  
weilung von...  
Millionen für...  
daß die bewi...  
zurzeit keine...  
sich. Wenn...  
würden, wari...  
Es sei ausge...  
Bedarf aus...  
+ Ser...  
berger Buchh...  
fordert, wähe...  
verkaufte er...  
1,90 gewohn...  
von 450 Proz...  
erhält er ein...  
200 Tage S...  
Wuchergeric...  
vorhanden...  
+ Das...  
teilen. Aus...  
Eingehende...  
in den Nicht...  
bahnverwaltung...  
führung des...  
darauf aufme...  
rüberabstie...  
gestaltet ist...  
nung der Sch...  
und Anzeige...  
Unter Umfän...  
Mitteln aus...  
+ Ver...  
Dort ist eine...  
Früher fand...  
Weisheit An...  
nicht bieten...  
lesen: Wissen...  
reitet. Der...  
die Aufklärung...  
+ R...  
Neuerdings...  
daß das Mi...  
nicht zurück...  
Zuschüsse...  
für diesen...  
honne, geb...  
Wohlen des...  
Kindern und...  
können, und...  
— S...  
Nach langjäh...  
sich die Turn...  
schaft) zu ein...  
Juli d. J. in...  
zähliger We...  
heit und Vie...  
sondern auch

Der Ba...  
Bite,“ sagte...  
Sie nicht ge...  
Eaton...  
er die Beid...  
hätte sich...  
Terlich...  
„Ja, me...  
daher soll...  
Ed erregen...  
Las Pin...  
on, es ver...  
schweren...  
Gena...  
um etwas...  
Got E...  
während...  
Nein...  
sagt, die...  
Tie all...  
Cald? ...  
„Zimmer...  
Binnen me...  
jetzt der...  
meine...  
den, und...  
No, das...  
„Tine...  
Wir...  
„So, ja...  
gar keine...  
„Dufel...  
„Wer...  
„Gru...  
„So...  
„Bei...  
mit einem...